



Halbherzige UN-Resolution

Am 5. November 2012 hat das Erste Komitee der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit großer Mehrheit eine Resolution verabschiedet,...



Am 5. November 2012 hat das Erste Komitee der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit großer Mehrheit eine Resolution verabschiedet, in der erhöhte Vorsichtsmaßnahmen beim Einsatz von Uranmunition verlangt werden. Insbesondere geht es darum, nach entsprechenden Einsätzen der als problematisch angesehenen Munition Aufräum- und Dekontaminationsmaßnahmen durchzuführen, Zivilisten besser zu schützen und Langzeitstudien über kontaminierte Gebiete anzustellen. Die Resolution stieß auf erbitterten Widerstand der drei Mächte, die nachweislich Uranmunition einsetzen und das auch zugeben: Frankreich, Großbritannien und die USA. Israel hat sich als vierter NEINSager diesen Verweigerern in der UNO wie so oft angeschlossen. Was treibt diese Staaten angesichts der verheerenden Wirkungen solcher Munition dazu, sich nur schon gegen erhöhte Vorsichtsmassnahmen auszusprechen, wo vielmehr doch ein Verbot zwingend wäre?

von clm.

Quellen:

www.ag-friedensforschung.de/themen/DU-Geschosse/uno.html

Das könnte Sie auch interessieren:

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.